



März 2026

Adrian Grasse, MdB

NEWSLETTER AUS DEM BUNDESTAG

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Steglitz-Zehlendorfer,**

nach den Wahlen ist vor den Wahlen: Nach Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz richtet sich der Blick im September auf Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus wird maßgeblich über die Zukunft unserer Stadt entscheiden.

Die Stabilität unserer demokratischen Mitte steht dabei zunehmend unter Druck. Ob der Antisemitismus-Eklat bei der Berlinale oder die Debatte um die Verleihung des Deutschen Buchhandlungspreises: Die jüngsten Vorfälle im Kulturbereich zeigen, dass es neben einer klaren Haltung auch konkreter Maßnahmen bedarf. Es geht dabei nicht um die Einschränkung der Kunst- oder Meinungsfreiheit, sondern um klare Grenzen dort, wo Antisemitismus relativiert oder verbreitet wird, sowie um einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Es steht außer Frage, dass Extremisten vom Staat weder finanziell gefördert noch mit Preisen ausgezeichnet werden dürfen.

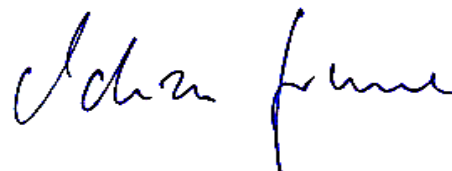
Der Beschluss der Linken in Niedersachsen gegen den „heute real existierenden Zionismus“ und die erneute Infragestellung des Existenzrechts Israels machen deutlich, wie weit diese Partei von unserer Wertordnung entfernt ist. Wer als SPD oder Grüne mit der Linkspartei koalitiert, nimmt das bewusst in Kauf. Mit Blick auf die Berlin-Wahl im Herbst sollte sich das jeder vor Augen führen. Für uns als CDU ist klar, dass eine Partei, die Judenhassern Raum gibt, kein Partner für verantwortungsvolle Politik sein kann.

Unsere Demokratie braucht eine starke, verlässliche Mitte und eine klare Abgrenzung gegenüber jeder Form von Extremismus. Wie wir als Union dieses

Profil auch in schwierigen Koalitionen schärfen und was der Historiker Prof. Dr. Andreas Rödder unter „roten Linien“ im Umgang mit der AfD versteht, darüber haben wir kürzlich im Bundestag diskutiert. Die Rückbesinnung auf eine bürgerliche Reformpolitik mit klarem Fokus auf Sachthemen spielt dabei eine entscheidende Rolle. Mehr dazu erfahren Sie in dieser Ausgabe meines Newsletters.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes, gesegnetes Osterfest und erholsame Feiertage.

Herzliche Grüße
Ihr



Exzellente Entscheidung - Berlin University Alliance sichert sich Weiterförderung



Im Rahmen der von Bund und Ländern getragenen Exzellenzstrategie (ExStra) wurde am 11. März über das Evaluationsergebnis der seit 2019 geförderten Exzellenzuniversitäten (ExU) entschieden. Neben neun anderen Universitäten konnte auch die Berlin University Alliance (BUA) überzeugen. Der Berliner Verbund von Freier Universität (FU), Humboldt-Universität (HU), Technischer Universität (TU) und Charité-Universitätsmedizin wird somit ab 2027 für weitere sieben Jahre im deutschlandweiten Exzellenzwettbewerb gefördert. Das ist ein großartiger Erfolg für den Wissenschaftsstandort und ein starkes Signal für internationale Spitzenforschung aus Berlin!

Die Entscheidung wurde einstimmig von einer 39-köpfigen Exzellenzkommission aus internationalen Wissenschaftlern und den Wissenschaftsministern von Bund und Ländern getroffen. Vorausgegangen war neben der Abgabe eines Selbstberichtes unter anderem eine Begutachtung durch ein international besetztes Expertengremium, dessen Mitglieder sich vor Ort ein konkretes Bild von der Arbeit unseres Exzellenzverbundes gemacht hatten.

Die Berliner Universitäten waren 2019 als erster Verbund überhaupt im Exzellenzwettbewerb erfolgreich. In keinem anderen Wettbewerb werden mehr Fördermittel für unsere Hochschulen bereitgestellt. Das jährliche Gesamtbudget der Exzellenzstrategie beläuft sich auf 687 Millionen Euro, für Universitätsverbünde wie die Berlin University Alliance sind jährlich 15 bis 28 Millionen Euro vorgesehen. Während 75 Prozent der Finanzierung vom Bund aufgebracht wird, tragen die Länder 25 Prozent. Dass sich die Berliner Universitä-

ten dank ihres erfolgreichen Abschneidens die Förderung für weitere sieben Jahre sichern konnten, ist eine großartige Nachricht für unseren Wissenschaftsstandort.

<https://www.berlin-university-alliance.de/items/2026/260310-exzellenzstrategie.html>

Adrian Grasse empfängt 150 Rabbiner aus ganz Europa im Deutschen Bundestag



Foto: © Michael Wittig, CDU/CSU Bundestagsfraktion

In Vertretung des Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfing Adrian Grasse anlässlich der diesjährigen Konferenz des Rabbinical Center of Europe (RCE) rund 150 Rabbiner der europäischen Chabad-Gemeinden im Fraktionssitzungssaal von CDU und CSU im Deutschen Bundestag. Dass so viele Rabbiner aus ganz Europa in der deutschen Hauptstadt zusammengekommen sind, würdigte er als starkes Zeichen für die Lebendigkeit, Vielfalt und internationale Vernetzung jüdischen Lebens.

Gastgeberin der dreitägigen Konferenz war die Jüdische Gemeinde Chabad Berlin. In seinem Grußwort dankte Adrian Grasse insbesondere Rabbiner Yehuda Teichtal, der sich seit vielen Jahren mit großem Engagement für jüdisches Leben in Berlin einsetzt und maßgeblich dazu beigetragen hat, dieses Treffen möglich zu machen. Sein Einsatz steht beispielhaft für das wachsende und selbstbewusste jüdische Leben in der Hauptstadt und für Zuversicht in eine starke jüdische Zukunft in Deutschland.

Als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für Antisemitismusforschung und für den Aufbau eines Kompetenznetzwerks für jüdische Gegenwartsforschung beschäftigt sich Adrian Grasse auch politisch intensiv mit der Frage, wie jüdisches Leben in Deutschland gestärkt werden

kann. Gerade in Zeiten, in denen Antisemitismus wieder erschreckend offen zutage tritt, darf sich Politik nicht allein auf den Schutz von Jüdinnen und Juden beschränken. Ebenso wichtig ist es, jüdisches Leben selbstverständlich als Teil unserer Gesellschaft sichtbar zu machen und zu fördern.



<https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/europaeische-rabbiner-tagen-in-berlin/>

<https://www.dw.com/de/antisemitismus-europas-rabbiner-f%C3%BCrchten-wachsende-ge-walt/a-76306523>

Trauer-Staatsakt für Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth

Am 24. Februar fand im Plenarsaal des Deutschen Bundestages ein Trauerstaatsakt zu Ehren der verstorbenen ehemaligen Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth statt. Mit diesem seltenen staatlichen Zeremoniell würdigt die Bundesrepublik Deutschland Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise um Deutschland verdient gemacht haben.

Die Begrüßungsansprache hielt Bundestagspräsidentin Julia Klöckner. Auch Bundeskanzler Friedrich Merz würdigte in seiner Gedenkrede das politische und gesellschaftliche Wirken der langjährigen CDU-Abgeordneten und Bundesministerin.

Rita Süßmuth gehörte dem Deutschen Bundestag von 1987 bis 2002 an. Von 1988 bis 1998 stand sie über ein Jahrzehnt als Präsidentin an der Spitze des Parlaments. Zuvor hatte sie von 1985 bis 1988 als Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit Verantwortung übernommen. Sie galt als eine der prägendsten Politikerinnen der deutschen Nachkriegsgeschichte, die wichtige gesellschaftliche Debatten angestoßen und den Deutschen Bundestag nachhaltig geprägt hat.

Auch Adrian Grasse nahm an der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal teil, um einer großen Christdemokratin und herausragenden Parlamentarierin die letzte Ehre zu erweisen und ihre politische und gesellschaftliche Lebensleistung zu würdigen. Er trug sich darüber hinaus in das im Bundestag ausgelegte Kondolenzbuch ein und brachte damit auch seine persönliche Anteilnahme zum Ausdruck.

Das Wirken von Prof. Dr. Rita Süßmuth sollte nicht nur Vorbild, sondern auch ein Auftrag für die Zukunft sein für eine Politik, die Haltung zeigt, Verantwortung übernimmt und zugleich Brücken baut.



Austausch mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt im Deutschen Bundestag

Zu einem spannenden Austausch traf sich Adrian Grasse kürzlich mit Vertreterinnen und Vertretern der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in seinem Bundestagsbüro.

Die PTB ist das nationale Metrologie-Institut Deutschlands und eine verlässliche Partnerin für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Auch international genießt sie in der Welt der Metrologie höchstes Ansehen für präzise und zuverlässige Messungen, ohne die es keinen technischen Fortschritt und keine verlässlichen Standards für Innovation gäbe.

Am Berliner Institut der PTB wird unter anderem zu Temperaturmessung, Synchrotronstrahlung, Medizinphysik und Informationstechnik geforscht. In enger Zusammenarbeit mit dem Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB) sowie durch die Nutzung modernster Forschungsanlagen am Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof entstehen hier wichtige technologische Innovationen. Durch die enge

Vernetzung mit der Technischen Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Partnern wie der Charité-Universitätsmedizin Berlin, dem Max-Delbrück-Zentrum für Molekulare Medizin und der Fraunhofer-Gesellschaft ist das Institut ein zentraler Bestandteil der Berliner Wissenschaftslandschaft.



<https://www.ptb.de/cms/karriere-ueber-uns/ueber-uns/institut-berlin-der-ptb.html>

Plenardebatte zum Jahresgutachten der Expertenkommission für Forschung und Innovation (EFI)

Am 6. März debattierte der Bundestag über die Stellungnahme der Bundesregierung zum EFI-Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2025 sowie über das aktuelle Gutachten für das Jahr 2026. Neben Bundesforschungsministerin Dorothee Bär sprach auch Adrian Grasse für die CDU/CSU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt. In seiner Rede betonte er den strategischen Kurswechsel der unionsgeführten Bundesregierung in der Forschungspolitik. Statt gesellschaftlicher Transformation gehe es nun vor allem um technologische Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sowie wirtschaftliche Stärke. Maßstab der Politik seien nicht ideologische Zielsetzungen, wie noch unter der Ampelregierung, sondern Innovationskraft und der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands.

Eine Bestätigung für diesen Kurs sieht der CDU-Bundestagsabgeordnete auch im aktuellen Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). Dieses unterstreiche, dass Deutschland eine klare strategische Ausrichtung, Prioritäten und mehr Tempo in der Forschungspolitik brauche.

Forschung und Innovation seien zentrale Treiber für wirtschaftliches Wachstum, sichere Arbeitsplätze und eine

höhere Krisenresilienz. Ziel der Bundesregierung sei es deshalb, die Potenziale von Wissenschaft und Forschung mit einer klaren Innovationsstrategie, einem schnelleren Transfer von der Idee in die Anwendung und einer stärkeren Förderung sicherheitsrelevanter Forschung konsequent für den Innovationsstandort Deutschland zu nutzen. Adrian Grasse machte deutlich, dass die Ampelregierung zwar häufig über Transformation gesprochen habe, beim Transfer von Forschungsergebnissen in wirtschaftliche Wertschöpfung jedoch zu langsam gewesen sei. Gerade hier werde die unionsgeführte Bundesregierung nun neue Dynamik schaffen.



<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7649909>

Festakt im Berliner Abgeordnetenhaus: 150 Jahre politisches Erbe Konrad Adenauers



Anlässlich des 150. Geburtstages des Berliner Ehrenbürgers Konrad Adenauers fand am 18. Februar im Abgeordnetenhaus von Berlin ein Festakt mit anschließender Podiumsdiskussion statt. Eingeladen hatten die Parlamentspräsidentin Cornelia Seibeld und der Regierende Bürgermeister Kai Wegner, gemeinsam mit der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Auch Adrian Grasse nahm an der Veranstaltung teil, um das politische Wirken des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland zu würdigen.

Cornelia Seibeld hob in ihrer Ansprache Konrad Adenauer als Staatsmann von historischer Weitsicht und überzeugten Europäer hervor. Sie betonte, dass seine Entscheidungen stets auf Weitblick und Pragmatismus ausgerichtet waren: „Europa war für ihn kein Selbstzweck. Es war das Mittel, um Frieden zu sichern, Freiheit zu schützen und nationale Alleingänge unmöglich zu machen. Dieses Denken ist heute von bemerkenswerter Aktualität.“

Die Festansprache hielt Professor Dominik Geppert. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Eberhard Diepgen, Doreen Franz und Michael C. Bienert über Konrad Adenauers politisches Wirken und seine Bedeutung für Berlin.

Der Festakt machte deutlich, dass das politische Erbe Konrad Adenauers auch 150 Jahre nach seiner Geburt

lebendig bleibt. Sein Einsatz für Demokratie, Freiheit und europäische Verständigung bietet Orientierung und ist zugleich Auftrag, auch für die heutige Generation von Christdemokraten.

Für Adrian Grasse war die Teilnahme an der Festveranstaltung ein würdiger Anlass, an das politische Vermächtnis eines der bedeutendsten Staatsmänner der deutschen Geschichte zu erinnern. Konrad Adenauer prägte die CDU wie kaum ein anderer Parteivorsitzender. Seine Leitlinien sind bis heute aktuell: die feste Westbindung, der Mut zu notwendigen Entscheidungen und die Einsicht, dass Frieden auch Stärke erfordert.

Als erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und erster Vorsitzender der CDU legte Adenauer die Grundlagen für Freiheit, Demokratie und Stabilität. Er prägte das Grundgesetz, setzte sich für die Aussöhnung mit den europäischen Nachbarn ein und schuf gemeinsam mit Ludwig Erhard mit der Sozialen Marktwirtschaft die Basis für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Vieles, was heute selbstverständlich erscheint – ein geeintes Europa, politische Stabilität und wirtschaftliche Stärke – geht auf seine Weitsicht und seinen Gestaltungswillen zurück. Gerade in Zeiten internationaler Krisen, wirtschaftlicher Unsicherheiten und gesellschaftlicher Herausforderungen wird deutlich, wie aktuell Adenauers Haltung noch immer ist. Verantwortung übernehmen, klar Position beziehen und dabei den Zusammenhalt im Blick behalten, das bleibt auch heute Maßstab politischen Handelns.

<https://www.parlament-berlin.de/Meldungen/150-geburtstag-konrad-adenauers-berlin-wuerdigt-seinen-ehrenburger>

Klausurtagung der AG Forschung, Technologie und Raumfahrt der CDU/CSU-Fraktion

Anfang März fand die Klausurtagung der Arbeitsgruppe Forschung, Technologie und Raumfahrt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt. Im Rahmen des zweitägigen Austausches ging es neben den drängenden Themen der Wissenschafts- und Forschungspolitik vor allem um die innovationspolitischen Prioritäten der kommenden Jahre. Im Mittelpunkt stand mit dem Innovationsfreiheitsgesetz (InnoFG) eines der wichtigsten Unionsvorhaben dieser Legislaturperiode, mit dem die Forschungseinrichtungen in Deutsch-

land spürbar von kleinteiliger Förderbürokratie entlastet werden sollen. Ziel sind schnellere Verfahren, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen und die Beschleunigung des Transfers von wissenschaftlichen Erkenntnissen in marktfähige Anwendungen.



Foto: © Michael Wittig, CDU/CSU Bundestagsfraktion

Spannende Impulse gaben Dr. Markus Blume, der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kultur, und Ina Brandes, die Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Auch Bundesministerin Dorothee Bär war persönlich vor Ort, um sich mit den Mitgliedern der AG über aktuelle und zukünftige Vorhaben im Bereich Forschung, Technologie und Raumfahrt auszutauschen. Im engen Schulterschluss zwischen Bund und Ländern wird es nun darum gehen, Innovationshemmnisse abzubauen, um das enorme Innovationspotenzial unseres Landes zukünftig noch besser in Wertschöpfung umzusetzen. Mit der Hightech Agenda der Bundesregierung und dem geplanten Innovationsfreiheitsgesetz wird die Wirtschafts- und Forschungspolitik umfassend neu ausgerichtet: auf Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und technologische Souveränität.



Foto: © Michael Wittig, CDU/CSU Bundestagsfraktion

Austausch zu künstlicher Intelligenz mit Prof. Dr. Müller vom BIFOLD



In der vergangenen Woche durfte Adrian Grasse den Co-Direktor des Berlin Institute for the Foundations of Learning and Data (BIFOLD), Prof. Dr. Klaus-Robert Müller, in seinem Büro im Bundestag begrüßen. Der Informatiker der Technischen Universität Berlin ist einer der weltweit führenden Köpfe im Bereich des maschinellen Lernens und wurde für seine wegweisende Forschung kürzlich mit dem Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Preis ausgezeichnet.

In einem Umkreis von wenigen hundert Metern rund um das BIFOLD ist in den vergangenen Jahren am Salzufer der Berlin AI Square entstanden, der dafür sorgt, dass Talente und Technologien in unserer Hauptstadt schneller zusammenfinden und Innovationen direkt in die Anwendung gelangen. Das BIFOLD, das zu den nationalen KI-Zentren Deutschlands gehört, ist 2019 aus der Fusion des Berlin Big Data Center (BBDC) und des Berlin Center for Machine Learning (BZML) hervorgegangen. Es betreibt Grundlagenforschung in den Bereichen Big Data Management und maschinelles Lernen. Mehr als 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten mittlerweile am BIFOLD daran, leistungsfähige und zugleich transparente KI-Systeme für Medizin, Naturwissenschaften und Industrie zu entwickeln.

Spitzenforschung in der Künstlichen Intelligenz ist ein zentraler Baustein für Deutschlands Innovationskraft. Im Austausch mit Prof. Müller wurde deutlich, dass Einrichtungen wie das BIFOLD auch im Hinblick auf die Hightech Agenda der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie Grundlagenforschung, Anwendung und Wissenstransfer zusammenbringen und auf diese Weise neue Technologien und Start-ups hervorbringen.

<https://www.bifold.berlin/>

Red Hand Day - Ein klares Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten



Jedes Jahr erinnert der Red Hand Day am 12. Februar an das Schicksal von weltweit über 250.000 Mädchen und Jungen, die als Kindersoldaten missbraucht werden. Viele von ihnen erleben schwerste Gewalt, verlieren ihr Leben oder tragen körperliche und seelische Verletzungen davon. Ihnen wird nicht nur ihre Kindheit genommen, sondern auch ihr Recht auf Schutz, Bildung, Gesundheit und ein Leben in Frieden. Auch Adrian Grasse beteiligte sich an der Aktion der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, um ein klares Zeichen gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen in bewaffneten Konflikten zu setzen.

Die rote Hand als zentrales Symbol der Aktion steht für den entschiedenen Widerstand gegen jede Form der Zwangsrekrutierung von Minderjährigen. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages macht mit der Aktion deutlich, dass der Missbrauch von Kindern als Soldaten eine der gravierendsten Verletzungen der Kinderrechte darstellt und international konsequent geächtet werden muss.

Im Rahmen des Aktionstages setzten zahlreiche Abgeordnete mit ihrem roten Handabdruck ein sichtbares Zei-

chen der Solidarität mit den betroffenen Kindern. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Mareike Wulf, Kinderbeauftragte der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesbildungsministerium, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Kinderkommission, Michael Hose, MdB.

Alle im Bundestag gesammelten Handabdrücke wurden im Anschluss an die Vereinten Nationen übermittelt. Sie sind Ausdruck der gemeinsamen Forderung des Deutschen Bundestages, den Einsatz von Kindersoldaten weltweit zu beenden und den Schutz von Kindern in Konfliktregionen nachhaltig zu stärken.

Der Red Hand Day macht deutlich, dass Wegsehen keine Option ist. Vielmehr bleibt der Schutz von Kindern vor Krieg, Ausbeutung und Gewalt eine zentrale humanitäre und politische Verpflichtung.

<https://www.redhandday.org/de/>

Diskussionsabend mit Prof. Dr. Andreas Rödter im Bundestag



Am 19. März lud Adrian Grasse zu einem Diskussionsabend mit dem Mainzer Historiker Prof. Dr. Andreas Rödter in das Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages ein. Über 100 Gäste waren gekommen, um in einer politisch spannenden Zeit, zwischen den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, über die Zukunft unserer Parteienlandschaft zu sprechen. Dabei wurde deutlich, wie wichtig ein offener und sachlicher Austausch ist, der sich auf Lösungen konzentriert, Kritik zulässt und nicht moralisiert. Mit Prof. Rödter war einer der profiliertesten Historiker unserer Zeit zu Gast: Er lehrt Neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, ist Leiter der Denkfabrik „Republik 21“ und war bis 2023 Vorsitzender der CDU-Grundwertekommission.

Im Mittelpunkt des Abends standen zentrale Fragen für

die Zukunft der Union: Wie gehen wir mit der AfD um? Wie behaupten wir auch in Koalitionen ein klares bürgerliches Profil? Welche Rolle spielen die Medien in der politischen Meinungsbildung? Und wie gelingt es, politische Verantwortung mit einer klaren Haltung zu verbinden?

Prof. Rödder lieferte mit seinen prägnanten Impulsen wertvolle Denkanstöße. In der anschließenden Debatte wurde deutlich, wie wichtig eine ehrliche Analyse und eine klare strategische Ausrichtung in einem zunehmend fragmentierten Parteiensystem sind.

Adrian Grasse dankte den Mitgliedern der CDU Steglitz-Zehlendorf, den Freunden seines Betreuungswahlkreises Treptow-Köpenick, dem RCDS sowie allen Gästen für das große Interesse an der Veranstaltung und die spannenden Fragen.

Das Hochschulsystem im Wandel- Berliner Perspektivkommission nimmt ihre Arbeit auf



Das deutsche Hochschulsystem befindet sich in einer Phase tiefgreifender Veränderungen. Steigende Studierendenzahlen, zunehmender internationaler Wettbewerb, neue Anforderungen an Forschung und Lehre sowie begrenzte öffentliche Mittel stellen Politik und Hochschulen vor grundlegende Herausforderungen. Besonders sichtbar wird diese Entwicklung aktuell mit Blick auf den Wissenschaftsstandort Berlin. Unter Leitung des ehemaligen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Prof. Dr. Matthias Kleiner, wurde dort

jüngst eine Perspektivkommission eingesetzt. Das Gremium hat den Auftrag, bis zum Frühsommer das Berliner Hochschulsystem umfassend zu analysieren und Empfehlungen für dessen langfristige Weiterentwicklung zu erarbeiten. Neben einer strategischen Gesamtperspektive für den Wissenschaftsstandort Berlin sollen auch konkrete Empfehlungen zur Profilbildung einzelner Hochschulen entwickelt und strukturelle Schwächen benannt werden. Letztendlich geht es dabei auch um die Frage, welche Studienangebote künftig Bestand haben werden.

Erst vor wenigen Wochen wurden die neuen Hochschulverträge abgeschlossen, nachdem die bisher geltenden Vereinbarungen aufgrund der notwendigen Einsparungen neu verhandelt werden mussten. Bis 2028 können die Hochschulen mit jährlichen Budgetsteigerungen von rund 3 bis 3,5 Prozent anstatt der bisher geplanten 5 Prozent rechnen. Gleichzeitig ist es den Hochschulen erlaubt, bis zu 14 Prozent ihrer Studienplätze abzubauen, um die Strukturen an die finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen. Die Herausforderung besteht nun darin, notwendige Strukturanpassungen mit dem Anspruch eines vielfältigen wissenschaftlichen Angebots in Einklang zu bringen. Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) machte Adrian Grasse deutlich, dass die aktuelle Situation auch eine Chance für eine grundlegende Debatte über die Zukunft des Wissenschaftsstandortes ist. Er sprach sich dafür aus, das gesamte Berliner Hochschulsystem auf den Prüfstand zu stellen und dabei auch internationale Beispiele in Betracht zu ziehen. Reformdiskussionen sollten aus seiner Sicht ohne Denkverbote geführt werden. Auch organisatorische Innovationen wie Trimester-Modelle zur besseren Nutzung von Infrastruktur und Räumen könnten Teil einer solchen Debatte sein. Entscheidend sei es, nicht nur Doppelstrukturen zu identifizieren, sondern grundsätzliche Fragen zur Rolle und Ausrichtung der Hochschulen zu stellen.

Für die Hochschulpolitik werden die kommenden Jahre entscheidend sein, denn der internationale Wettbewerb um Talente, Innovationen und wissenschaftliche Exzellenz wird bei gleichzeitig enger werdenden finanziellen Spielräumen härter werden. Die Arbeit der Berliner Perspektivkommission kann vor diesem Hintergrund weit über die Hauptstadt hinaus Signalwirkung entfalten. Fest steht: Das Hochschulsystem steht vor einem Wandel, und die politischen Entscheidungen werden maßgeblich bestimmen, wie unsere Universitäten von morgen aussehen werden.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/was-wird-aus-den-berliner-hochschulen-accg-200621007.html>

Botanischer Garten erhält Bundesförderung zur Sanierung des Mittelmeerhauses



Großartige Nachrichten gab es im März für den Botanischen Garten in Lichterfelde: Zur dringend notwendigen Sanierung des Mittelmeerhauses stellt der Bund aus seinem 14. Denkmalschutz-Sonderprogramm 600.000 Euro an Fördermitteln bereit.

Der Botanische Garten Berlin ist mit über 43 Hektar Fläche nicht nur einer der größten, sondern mit rund 20.000 Pflanzenarten auch einer der artenreichsten Gärten der Welt. Mit jährlich rund 500.000 Besucherinnen und Besuchern ist er zugleich ein international anerkannter Standort für Wissenschaft und Forschung und ein echtes Juwel des Bezirks Steglitz-Zehlendorf.

Das Mittelmeerhaus im Botanischen Garten steht seit längerer Zeit unter erheblichem Sanierungsdruck. Als bedeutendes Kultur- und Baudenkmal erhält das denkmalgeschützte Jugendstil-Gewächshaus, Baujahr 1904, durch die Unterstützung des Bundes nun die dringend erforderlichen Mittel für Notsicherungsmaßnahmen.

Adrian Grasse hatte bei einem Treffen mit Prof. Thomas Borsch, dem Direktor des Botanischen Gartens, gemeinsam mit Dr. Ottilie Klein, der Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Jens Hoffmann, dem Lichterfelder CDU-Kandidaten für das Berliner Abgeordnetenhaus, schon frühzeitig seine Unterstützung für eine Förderung aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes zugesichert. Insgesamt rund 35 Millionen Euro werden im Rahmen der 14. Auflage zur Stärkung der Kulturlinf-

rastruktur für ausgewählte Fördervorhaben bereitgestellt, um wichtige Sanierungsmaßnahmen an mehr als 140 kulturell bedeutsamen Denkmälern umzusetzen. Einer Fortführung des erfolgreichen Förderinstrumentes des Bundes wurde bereits im November 2025 mit weiteren 50 Millionen Euro für eine 15. Auflage durch den Haushaltsausschuss des Bundestages der Weg bereitet.

<https://kulturstaatsminister.de/presse/35-millionen-euro-fuer-den-erhalt-von-denkmaelern-staatsminister-wei-mer-kulturbauten-gehoeren-zu-unserer-identitaet-als-kulturation>

<https://www.morgenpost.de/bezirke/steglitz-zehlendorf/article411378149/mittelmeerhaus-im-botanischen-garten-wird-gesichert-rettung-vor-dem-einsturz.html>

Schuldiskussion der Anna-Essinger-Gemeinschaftsschule in Lichterfelde



Zum Abschluss der diesjährigen Demokratiewoche an der Anna-Essinger-Gemeinschaftsschule in Lichterfelde nahm Adrian Grasse für die CDU an einer von den dortigen Schülerinnen und Schülern organisierten Podiumsdiskussion teil. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Berliner SPD, der Grünen und der Linken stellte er sich in der Aula am Standort der Schule im Tietzenweg den Fragen der Jugendlichen.

Im Mittelpunkt standen landespolitische Themen, die von den Schülerinnen und Schülern im Vorfeld selbst ausgewählt worden waren. Neben bildungspolitischen Fragen wurde engagiert über Stadtentwicklung und Wohnungsbau, die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und einen verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien diskutiert.

Das Format bildete den Abschluss einer Projektwoche, in deren Rahmen sich die Schülerinnen und Schüler der Anna-Essinger-Gemeinschaftsschule intensiv mit unserer Demokratie, politischer Teilhabe und gesellschaftlichen

Verantwortung auseinander gesetzt hatten. Adrian Grasse zeigte sich beeindruckt vom großen Engagement und der inhaltlichen Tiefe der Beiträge der Jugendlichen. In der Debatte scheute der CDU-Abgeordnete aber auch keine kritischen Themen. Er machte deutlich, dass Leistungsbereitschaft eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Entwicklung und gesellschaftlichen Fortschritt ist. Leistung und Notengebung gehören nicht nur zur schulischen Laufbahn, sondern bereiten auch auf die Anforderungen des späteren Lebens vor, gab er den Schülern mit auf den Weg. Zugleich unterstrich er, dass ambitionierter Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke gerade in der heutigen Zeit kein Widerspruch sein dürften. Vielmehr müsste Klimaschutz so gestaltet sein, dass Innovation, Technologie und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

In der Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern wurden die unterschiedlichen Positionen und Lösungsansätze der Parteien deutlich. Der Schulgemeinschaft dankte Adrian Grasse zum Abschluss für die Einladung und das große Engagement. Formate wie die Demokratiewoche zeigen beispielhaft, wie lebendig politische Bildung an unseren Schulen sein kann.

Girls' Day 2026 der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Auch in diesem Jahr beteiligt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am bundesweiten Girls' Day zur Berufsorientierung von Mädchen und jungen Frauen. Ziel der Initiative ist es, Einblicke in Berufsfelder zu ermöglichen, in denen Frauen bislang unterrepräsentiert sind, und jun-

ge Menschen zu ermutigen, neue Wege zu gehen. Gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) lädt die CDU/CSU-Fraktion daher am 23. April 2026 Schülerinnen und junge Frauen im Alter von 14 bis 21 Jahren aus Berlin und dem Berliner Umland zu einem spannenden Programm ein. Veranstaltungsorte sind die Akademie der KAS sowie der Deutsche Bundestag.

Unter dem Titel „Frauen im Handwerk – Deine Zukunft im Macherinnen-Beruf“ rückt der diesjährige Girls' Day ein Berufsfeld in den Mittelpunkt, das sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt hat. Das Handwerk ist heute innovativ, technologisch anspruchsvoll und von zentraler Bedeutung für die Gestaltung unserer Zukunft, etwa in den Bereichen Klima- und Energietechnik, Elektrotechnik, Metallbau oder digitalisierte Arbeitsprozesse. Gerade hier werden qualifizierte Fachkräfte dringend gesucht, und Frauen bringen wichtige Perspektiven und Kompetenzen ein. Die Teilnehmerinnen erwartet ein abwechslungsreiches Programm: Sie erhalten die Gelegenheit, hinter die Kulissen des parlamentarischen Alltags zu blicken, mit Politikerinnen ins Gespräch zu kommen und erfolgreiche Frauen aus dem Handwerk kennenzulernen. Der persönliche Austausch steht dabei im Mittelpunkt.

Der Girls' Day leistet seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Er eröffnet jungen Frauen neue Perspektiven, stärkt Selbstvertrauen und hilft dabei, traditionelle Rollenbilder zu hinterfragen. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es entscheidend, alle Talente zu fördern und junge Menschen frühzeitig für zukunftsweisende Berufe zu begeistern.

Teilnehmen können Schülerinnen aller Schulformen sowie junge Frauen in der Übergangsphase zwischen Schule und Beruf. Auch Adrian Grasse lädt ausdrücklich zur Teilnahme ein und freut sich besonders über Bewerbungen aus seinem Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf. Eine Anmeldung ist noch bis zum 10. April 2026 möglich. Die Plätze sind begrenzt.

Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.kas.de/de/web/berlin/veranstaltungen/detail/-/content/frauen-im-handwerk-zukunft-gestalten-im-macherinnen-beruf>



Kontakt:

Adrian Grasse, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 75460
E-Mail: adrian.grasse@bundestag.de